

389
439

WIENER KATHOLISCHES WOCHENSCHRIFT
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischen.
26. Jahrg. Wien, Freitag, 29. Oktober 1915. Nr. 399.

Eine Rede des Bürgermeisters.

In einer gestern vom christlichsozialen Wählerverein Mariahilf abgehaltenen Versammlung führte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, von stürmischem Beifall begrüßt, aus:

Heute schreiben wir den 28. Oktober und damit haben wir das 15. Kriegesmonat hinter uns. Morgen treten wir in das 16. Kriegesmonat ein und wollen mit Gottes Hilfe hoffen, daß es uns in Wien auch weiterhin gelingt, diese schwere Zeit durchzuhalten und wir hoffen dies umso mehr, als die glänzenden Erfolge der verbündeten Armeen auf den vollen Erfolg hinweisen. Heute ist die Nachricht eingetroffen, daß die bulgarische Armee sich mit den verbündeten Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns getroffen habe. (Großer Beifall.) Damit ist der Kreis der verbündeten Armeen geschlossen und wir hoffen, daß der Gott der Siege, welcher bisher unseren Truppen zugeneigt war, auch den Vierbund zum endlichen Sieg führen möge. (Zustimmung.) Es wird durch diese Vereinigung der vier verbündeten Armeen auch möglich sein, den Donauweg zu öffnen und damit den wirtschaftlichen Verhältnissen Wiens und der gesamen Donaumonarchie jene Zufahren zu sichern, deren wir dringend bedürfen, um durchhalten zu können. (Beifall)

Es ist uns vielleicht noch vor 1 1/2 Jahren nicht eingefallen, daß wir die Zeitgenossen des größten Weltkrieges, der je in der Geschichte der Menschheit auf unserem Erdball getobt hat, werden. Wir lebten in Frieden und hofften, insbesondere wir in der Gemeindeverwaltung, daß wir im Interesse der Bevölkerung zur Ehre und zum Ruhme der Stadt Wien Friedenswerke bauen könnten. Wir wollten ja die Stadt Wien immer schöner und herrlicher machen, Einrichtungen schaffen, welche das Leben, die Wirtschaft erleichtern. Wir wurden unterbrochen in der Arbeit durch diesen entsetzlichen Krieg, der uns nun über die Erde lodert. Unsere Gegner rechneten auf den Zerfall Oesterreichs, da haben sich aber die Ententemächte gründlich geirrt; in dem Moment, wo das Reich angegriffen war, gab's kein Besinnen und die Millionen Streiter siltten hin, um die heimatliche Scholle zu verteidigen. Es zeigt sich wiederum die geheimnisvolle Macht der Scholle, sie hält den, der auf ihr lebt, fest als treuen Sohn und sie duldet nicht, daß diese heimatliche Scholle, die unsere Väter bebauten, den Feinden nunmehr zur Beute fallt. Wir müssen mit Stolz die Worte des Kaisers vernehmen, die

er jedesmal, wenn ich zu ihm in Audienz kam, sagte, er sei stolz auf die tapferen Wiener, auf die Wiener Söhne, welche mit unvergleichlichem Heldennute kämpften, ob nun an den Ufern der Nida oder im Urwald der Karpathen oder auf dem Plateau von Doberdo (Großer Beifall). Mit Stolz müssen wir diese Worte vernehmen, daß unsere Söhne, die Söhne des deutschen Wien in den vordersten Reihen der tapferen Vaterlandeverteidiger stehen.

Der entsetzliche Krieg tobt und da glauben in Wien noch manche, ohne Spur des Krieges draußzukommen? Nein. Gott sei Dank, daß Wien vor den Feinden bewahrt wurde (Zustimmung), daß es dem Heldennute der verbündeten Truppen gelungen ist, die Russen bis weit ins Innerste ihres Gebietes zurückzujagen. Wir haben von den Greueln des Krieges nicht gelitten; denken Sie an die hunderttausende Flüchtlinge, die wie eine neue Völkerwanderung immer weitere Strecken flüchten müssen, denken Sie an das Elend. Freilich haben wir unter den Begleiterscheinungen des Krieges zu leiden. Wenn Sie in der Geschichte der Menschen blättern, da werden Sie finden, daß jeder Krieg Seuchen im Gefolge hatte. Was menschliche Kraft zu leisten im Stande war ersahen Sie daraus, daß die Gemeindeverwaltung die Seuchen ferne gehalten hat (Beifall). Wir haben in einer Weise vorgesorgt, daß es möglich war, jeden einzelnen Fall zu unterdrücken, wir waren imstande, Wien von Seuchen zu bewahren. Was liegt da für ein Schutz der Bevölkerung drinnen! Vor der Teuerung konnten wir Sie nicht bewahren. Die Teuerung liegt in Ursachen, die zu beseitigen außerhalb der Macht der Gemeindeverwaltung liegt, wir müssen mit der Entwertung unseres Geldes rechnen. Wenn man die Preise in Deutschland betrachtet, dann darf man nicht nach normalen Friedensrelationen den Wert der Waren berechnen, sondern so, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen. Wenn Sie vom Deutschen Reich nach Holland gehen, sehen Sie die Entwertung des deutschen Geldes. So zieht die Entwertung des Geldes selbstredend eine Teuerung der Waren nach sich, die wir um das Geld kaufen müssen. Das bezieht sich nicht auf die Lebensmittel mitwir sondern auf alle Artikel in dem Maße, als das Geld entwertet wird. Eine zweite Ursache liegt in der Knappheit einer Reihe von Lebensbedürfnissen. Seien Sie überzeugt, in Deutschland ist es ebenso wie bei uns. Auch Deutschland, obwohl es eine intensivere Landwirtschaft besitzt als wir, muß auch in Friedenszeiten Jahr für Jahr so viele Zersalien aus dem östlichen Rußland beziehen, um die Existenzbedürfnisse seiner Bevölkerung decken zu können. Wenn es jetzt in Wien keine Linsen gibt, so ist das nicht zu wun-

dern, denn die wurden aus Rußland eingeführt und wir selbst produzieren nicht soviel. Wieviel Tonnen Futtergerste hat Deutschland bezogen! Haben Sie nicht gelesen, wie vorlängerer Zeit die deutsche Regierung anordnen mußte, daß Millionen Schweine geschlachtet werden, weil der nötige Futter nicht vorhanden war? Da muß in anderer Weise für die menschlichen Konsumbedürfnisse gesorgt werden. Die Approvisionnement einer Zweimillionenstadt ist das schwierigste Unternehmen, das es auf der Welt gibt. Wenn Sie sich diese zwei Millionen Mägen in einen großen Magen zusammengezogen denken, so repräsentiert dieser Magen der Zweimillionenstadt ein gefährliches Ungeheuer. Nun ist im Publikum vielfach die Meinung verbreitet gewesen, es ist Pflicht der Gemeinde, für alles zu sorgen. Ich möchte auch hier betonen, daß nirgends in Friedenszeiten für die Gemeinde eine Verpflichtung besteht, die Approvisionnement der Stadt zu führen. Damit sind tausende Menschen berufungslos befaßt, wir haben den legitimen Handel, den Groß- und Kleinhandel, die Großhändler haben die Pflicht, überall die Waren zu beschaffen und zu verteilen. Allein infolge der Kriegsereignisse wurde der legitime Handel ausgeschaltet. Jetzt treten andere Faktoren ein, die müssen trachten jene Mittel zu bekommen, um die Bevölkerung zu befriedigen. Ich kann nicht einkaufen, wo ich will, ich kann nur die Menge bei der Kriegesgetreideverkehrsanstalt ansprechen. Die papierene Deckung bis zur nächsten Ernte habe ich, hoffentlich verwandelt sich das Papier in eine entsprechende Realisierung. Sie dürfen nicht die Schwierigkeiten vergessen, welche sich in der Beschaffung der Mittel und Herbeischaffung der Lebensmittel ergeben. Es ist auch dadurch, daß die Fleischteuerung, eine Knappheit an Fleisch, Hülsenfrüchten, Mangel an Reis besteht, die Nachfrage der Bevölkerung nach Mehl so groß, daß sie keinen Vergleich mit den Bedürfnissen zu Friedenszeiten aushält. Die Gemeinde Wien bezieht zu Beginn des Krieges mit den Approvisionnementen befaßt. Es haben Sachverständige erklärt, der Wiener Bedarf an Mehl sei 30 höchstens 40 Waggons pro Tag. Heute werden aber über 100 Waggons pro Tag ausgegeben. (Hört! Hört Rufe). Es ist doch unfassbar, wie die Bedürfnisse so gestiegen sind.

Der Bürgermeister wandte sich sodann der Kartoffelfrage zu, wobei er die Wirkung der Ansetzung der Höchstpreise erörterte und fuhr fort: Wien braucht Kartoffeln, das ist das wichtigste Volkernahrungsmittel. Ich ging zur Regierung und erklärte, nachdem in Wien nicht so viele Kartoffeln wachsen als für den Bedarf der

Zweimillionenstadt entspricht, kann ich nichts anderes tun, als 300 Waggons der eigenen Feuchung dem Markte zur Verfügung stellen. Ich werde trachten zu kaufen was ich kann. Ich bitte die Regierung jenes Quantum zur Verfügung zu stellen, welches die Wiener Bevölkerung befriedigt. Ich habe 6000 Waggons angefordert zu dem von der Regierung festgesetzten Höchstpreis. Ich habe gestern das Schreiben des Ministerpräsidenten erhalten, worin er sagt, daß es über meine Anforderung gelungen ist, der Stadt Wien 2000 Waggons Kartoffeln aus Niederösterreich, 2000 aus Böhmen und Mähren und 2000 Waggons aus Russisch-Polen sicherzustellen. (Stürmischer Beifall) Es ist daher nach aller Voraussicht die Kartoffelfrage gelöst. (Erneuter Beifall) Ich danke hier dem Ministerpräsidenten für seine Bemühungen in dieser Sache, aber es knüpft sich daran folgende Lehre: Schnell fertig ist die Regierung mit einer Verordnung, die ist bald geschrieben, dann heißt es: So liebe Gemeinde, führe die Verordnung durch (Beifall) In diesem Falle hat die Regierung die Pflicht erfüllt. Ich bin derjenige, der sich nicht scheut zu kritisieren, aber ich bin auch so objektiv anzuerkennen, wo die Regierung ihre Pflicht erfüllt hat. (Beifall) 6000 Waggons Kartoffeln werden jetzt allmählich anrollen. Wo ist das Fuhrwerk, mit dem sie von den Bahnen weggeschafft werden können. Wo sind die Depoträume, in denen man eine solche Menge Kartoffeln unterbringt? Es ist richtig zu betonen, daß die Gemeinde Wien nach ihrem Statut keine Verpflichtung hat für die Approvisionnement zu sorgen, es ist den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden überlassen. Die Gemeinde hat diese Pflicht im Kriege übernommen, subsidiär überall einzugreifen, wo Not ist. Die Gemeinde Wien hat um mehr als 80 Millionen Kronen Lebensmittel gekauft, innerhalb der fünfzehn Monate und in den Verkehr gebracht. Wir haben auch weiter unsere Pflicht erfüllt, so weit es in der Macht der Gemeinde liegt. Wien ist kein Produktionsort, es produziert nicht so viel Lebensmittel, die auch nur annähernd den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Die Aecker, die die Gemeinde im 21. Bezirk hat, repräsentieren den kleinsten Bruchteil an der Produktion für den großen Magen der Zweimillionenstadt. Wir sind auf die Zufuhr angewiesen. Die Zufahren liegen nicht in der Macht der Gemeinde und so wie der Oberbürgermeister Wermuth dieser Tage in Berlin an das Reich und die Reichsregierung appelliert und erklärt hat, das Reich habe die Verpflichtung, durch entsprechende Maßnahmen die Approvisionnement der Gemeinde sicherzustellen, so kann ich hier in Wien sagen, daß es Pflicht der mit allen Machtmitteln ausgestatteten Regie-

... und anderer Gemeinden sicherzustellen. (Lebhafter Beifall) Wir sind gerne bereit, die Regierung in diesen schweren Zeiten, die auch die Regierung treffen, gewiß zu unterstützen, aber es beruht auf unserer Verantwortlichkeit. Wir sind bereit zu unterstützen, aber hohe Regierung. Verstehe! Keine Pflicht gegenüber der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Ein zweites Kapitel, das ich berühren muß, ist ein ernstes Kapitel der Zukunft. Wenn wir hinausblicken auf die weiten Schlachtfelder, auf die Front, die sich von der Ost- und Nordsee, bis an die Karpaten hinzieht, wenn wir sehen, wieviele gefallen sind, dann müssen wir wohl unser Augenmerk auf die Zukunft richten und müssen alle jene Vorkehrungen treffen, die den gesund Zurückkehrenden wie auch denen zuteil werden sollen, die invalid zurückkehren. (Zustimmung) Einen solchen Krieg hat die Geschichte noch nicht gekannt. Oben in den Lüften, unter der Erde in den Minengruben wird gekämpft, alle Mittel, die Technik und Chemie aufbieten, werden angewendet, um den andern zu beschädigen. Und nun betrachte ich es als eine der wichtigsten Aufgaben der Allgemeinheit, für diejenigen zu sorgen, die in ihrem Kampfe für Kaiser und Reich und nicht zuletzt für das deutsche Volkstum zu Invaliden geworden sind. Hier ist das ein soziales Empfinden, es ist das aber auch eine nationale Pflicht. Wie stand es mit der Invalidenfürsorge zu Beginn des Krieges? Es ist unglaublich, aber es ist in den desolaten Verhältnissen des österreichischen Parlamentes begründet, daß diese Frage nicht rechtzeitig einer Regelung unterzogen wurde. Das Gesetz, welches die Bezüge der Invaliditätsrente begründet, stammt aus dem Jahre 1875. Sie werden zugeben, daß seit dem Jahre 1875 sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Es hat sich auch seither unser eigenes soziales Empfinden geändert. Nach dem genannten Gesetz erhält der invalide Soldat ohne Charge 6 K, der Gefreite 6 K, Korporal 10 K, Zugführer 12 K, der Feldwebel und der Offiziersstellvertreter 13 K pro Monat. Diese Sätze steigen wohl nach einer Dienstzeit von 10 Jahren, aber das Höchste, was ein Feldwebel nach 20 Dienstjahren erreichen kann, beträgt 30 K und etliche Heller (Hört! Hört! Rufe.) So hat der Wiener Stadtrat in Erkenntnis dieser Verhältnisse bereits am 20. Oktober 1914 in einer Petition an die Regierung und das Kriegsministerium die Reform dieses Gesetzes gefordert. Ich bin stolz darauf, daß der Wiener Stadtrat war, der als erste Korporation den Gedanken aufgegriffen und in

programmatischer Bestätigung seiner stets beschränkten Kraft erfordert hat, die Regierung solle sich ohne Verzug mit der Reform der Invalidenversorgung befassen. (Zustimmung) Es ist teilweise von Seite der maßgebenden Stellen diesem Verlangen Rechnung getragen worden und als den größten Erfolg in dieser Beziehung möchte ich den betrachten, daß von Seite der Ministerien jenen Familien, deren Ernährer als Vollinvalid zurückkommen, der Unterhalt beitrags weiter fortbezahlt wird. (Beifall) Damit ist wenigstens eine Gewähr gegeben, daß nicht das ärgste Elend platzgreift. (Zustimmung) Wir haben auch eine andere Forderung gestellt, die bisher noch nicht erfüllt ist. Ich möchte bemerken, daß die Minister erklärt haben, die definitive Regelung könne erst erfolgen, wenn wieder das Parlament zusammentritt. Ich habe nicht dagegen, weil die Invalidenversorgung solche Beträge erfordert wird, daß dafür auch die entsprechende Bedeckung gefunden werden muß. Ich bin mit provisorischen Verfügungen, welche die ärgste Not beheben, zufrieden. Aber noch eines ist anständig: Es ist nach den bestehenden Gesetzen nur derjenige berechtigt, eine Verwundungsmalage zu bekommen, dem eine Verwundung mit der Waffe zugefügt worden ist. Denken wir doch an die Armen, die in den Karpaten Erkrankungen erlitten und ein Glied verloren haben, die im Kriege durch eine interne Erkrankung die Invalidität sich zugezogen haben; das ist nicht bloß der Einfluß oder Einarm, da gibt es tausende, die sich ein Leiden zugezogen haben, das sie vielleicht in erhöhterem Maße berufsunfähig macht, als den Einarm oder Einfluß. Der Stadtrat hat am Juli d.J. beschlossen, eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der die Gleichbehandlung dieser Personen mit denen, die eine Verwundung erlitten, gefordert wird. (Beifall) Es handelt sich dem Wiener Stadtrat auch noch um andere Fragen. Wir sind der Meinung, daß in der Bestimmung der Berufsunfähigkeit bzw. des Anlasses der Berufsunfähigkeit auch das Bürgertum mitsprechen sollte. Wir sind der Meinung, daß nicht immer die Militärärzte in der Lage sind, das Maß der Berufsunfähigkeit richtig zu beurteilen; das müssen Männer aus dem Volk beurteilen, die Gewerbetreibenden, die aus der Branche stammen, der der Verwundete angehört. Daher ist unsere Forderung dahin gerichtet worden, daß diesen Kommissionen, welche über die Berufsunfähigkeit des Verwundeten zu urteilen haben, auch Vertreter der Wiener Bürgerschaft beigezogen werden und die dann auch auf die Entscheidungen der Kommission den maßgebenden Einfluß haben. (Beifall.)

Es ist eine Reihe von Vorkehrungen bereits getroffen worden, um das Los der Invaliden zu verbessern. Ich möchte sagen, an erster Stelle steht die Prothesenaktion und die Tätigkeit des Prof. Dr. Spitzky, der bewundernswert sich bemüht, den Einarm oder Einfluß vermissen zu lassen, daß er ein Gliedmaß verloren hat. Es ist staunenswert, was man in der Schule des Dr. Spitzky sieht.

Was ist es mit denen, die nicht die volle Berufsfähigkeit erlangen? Da muß untersucht werden, ob sie vielleicht für denselben Beruf tauglich sind oder für einen anderen Beruf, der die bürgerliche Existenz ermöglicht. Denn den Stelzfuß mit dem Werkel dulden wir im 20. Jahrhundert nicht mehr. (Zustimmung) Es darf der Mann, der als Held für Kaiser und Reich gelitten hat, nicht ein Bettler werden. Das ist die einzige Dankeschuld, die wir den tapferen Kriegerern im Hinterlande zollen können. Die Gemeindeverwaltung beabsichtigt noch weiter zu gehen. Es ist für jene Invaliden, welche minderwertig sind, vielleicht oft schwer auszukommen mit dem, was die Rente ihnen abwirft, was die geminderte Erwerbsfähigkeit ihnen an Verdienst zukommen läßt. Wir sind der Meinung, es sei Pflicht der Gemeinde, der Errichtung von Kriegerheimstätten nahezutreten. Wir werden eine solche Kolonie schaffen. Ich werde Gelegenheit nehmen, der Vertretung des deutsch-österreichischen Städtetages das Projekt der Gemeinde Wien zu unterbreiten und zur Nachahmung einzuladen. Sie dürfen nicht übersehen, das deutsche Volk in Oesterreich hat vielleicht die größten Heldenopfer in diesem Kriege gebracht. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist daher unsere Pflicht, alles aufzubieten, um die kommenden Generationen wieder wehrhaft und kräftig zu machen. Wir wollen nicht, daß die Krieger zugrunde gehen, in Elend verkommen, wir wollen, daß ein kräftiges Geschlecht von Donauschwaben hervorgehe. (Lebhafter Beifall) Es ist auch unsere Pflicht, weiter dafür zu sorgen, daß nicht nach diesem Weltkriege ähnliche Verhältnisse wie nach dem Kriege 1870/81 in Berlin eintreten. Als die siegreichen Helden, lorbeerkrönt von den Schlachtfeldern Frankreichs zurückkehrten, waren in Berlin keine Wohnungen zu haben, die Sieger mußten in Baracken untergebracht werden, weil eine wilde Spekulation sich geltend machte, den Boden wertvoller und den Wohnungszins ins Ungemeine steigerte. Diejenigen, die unsere heimatliche Scholle mit ihrem Blute verteidigt haben, müssen ihre heimatliche Scholle für sich behalten. (Großer Beifall.)

von Wachsern und Grundbesitzern ausbezahlt werden auf der eigenen Scholle. Es wird die größte und wichtigste Aufgabe des Bürgermeisters und Gemeinderates sein, alles aufzubieten, damit diesen drohenden Uebelständen rechtzeitig begegnet werde. Eine gesunde Boden- und Wohnungspolitik wird es ermöglichen, daß nicht jene drohenden Schatten einbrechen, wie es in Berlin im Jahre 1871 der Fall war. (Beifall) So wollen wir hoffen, daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, jene Zustände vorzubereiten, die nach Kriegesende als geordnete Verhältnisse zu betrachten sind. Die Aufgabe, die unser aller harret, wird keine leichte sein. Auch für die heil und gesund Zurückkehrenden vorzusorgen wird ebenfalls eine Pflicht sein, deren Erfüllung aber schwer ist.

Sie können überzeugt sein, daß wir unentwegt im Dienste unseres heißgeliebten Wien und seiner Bevölkerung arbeiten wollen. Wir ernten nicht immer Dank für unsere Mühen, wir müssen die Befriedigung in uns selbst finden, in dem Bewußtsein, die Pflicht erfüllt zu haben. So wollen es ich und meine Freunde im Rathaus, die Sie gewählt haben, auch weiterhin halten. Wenn solche Versammlungen, wie die heutige, abgehalten werden, ist das nicht für uns die größte Gönnerung für unsere Arbeit? Es ist das Zeichen, daß wir das Vertrauen der Wiener Bevölkerung uneingeschränkt genießen und schließlich wird ja wiederum die Sonne des Friedens durch das äußere und finstere Kriegsgewölk durchbrechen und dann möge Gottes Gnade auf ein glücklich Oesterreich scheinen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Todesfall. Gestern nachmittag ist der gewesene Gemeinderat, Bürger der Stadt Wien Georg Grundler im 63. Lebensjahre gestorben. Das Leichenbegängnis findet am Sonntag, den 31. Oktober um dreiviertel 4 Uhr nachmittags vom Trauhaus, Kritzendorfer Hauptstraße 120 aus statt. Die Einsegnung erfolgt in der Pfarrkirche zu Kritzendorf, die Beisetzung auf dem Ortsfriedhofe.

Der 75. Geburtstag Dr. v. Fuohs. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Reichsratsabgeordneten Dr. Viktor Freiherrn v. Fuohs anlässlich seines 75. Geburtstages ein ungemein herzliches Glückwünschungsschreiben gerichtet.

441.

Goldene Hochzeit. Am 4. November feiert der Schlossermeister Michael Heimerl, geboren am 18. Dezember 1837 mit seiner um 1 Jahr jüngeren Gattin Anna das Fest der goldenen Hochzeit. Heimerl ist seit dem Jahre 1865 Schlossermeister und seit dem Jahre 1876 Bürger von Wien. Er gehörte auch durch lange Jahre als Mitglieder der Genossenschaftsvertretung an und ist seit 1890 Genossenschaftsbeamter. Die neuerliche kirchliche Einsegnung des Jubelpaares findet am 4. November um 8 Uhr abends in der Breitenfelderkirche 8. Bezirk Uhlplatz statt. Dem goldenen Hochzeitspaare stehen zahlreiche Ehrungen bevor.

Grunderwerb. Nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Rain wurden Gründe in Dornbach beim Kongreßplatz im Ausmaße von 10.035 m² um den Preis von 38 K per m² angekauft. Ueber Antrag des StR. Poyer wurde beschlossen, Parzellen in Unter-Baumgarten im Ausmaße von 973, 1048 und 847 m² um den Pauschalpreis von 85.000 K anzukaufen. Dieser Grund liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zweier Schulen und wird zunächst zur Anlage eines Turn- und Spielplatzes verwendet werden.

Zum Bau der Kaiser Franz Josefsbrücke. Für die Anseführung der Floridsdorfer Rampe zur neuen Kaiser Franz Josefs-Brücke soll im Sinne des Bauprogrammes flüßaufwärts der Floridsdorfer Hauptstraße eine ungefähr 8 m breite Ersatzstraße, welche den Fuhrwerke- und Straßenbahnverkehr bis zur Eröffnung der ersten Brückenhälfte aufzunehmen hat, hergestellt und die Anschüttung für die Brückhaufenrampe fortgesetzt werden. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schreiner die erforderlichen Arbeiten mit den die Gemeinde Wien treffenden Kosten von 46.800 K genehmigt.

Stellwagenunternehmung. Im Stadtrate legte Vizebürgermeister Rain den Ausweis über die Fahrtleistung, Personenbeförderung und Einnahmen der städt. Stellwagenunternehmung im dritten Vierteljahr vor. Die Einnahmen blieben in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September um rund 181.540 K gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres zurück.

Kartoffelanbau. Der Stadtrat hat im Besonderen genehmigt, daß die der Kommission für Verkehrsanlagen gehörigen Grundflächen im Gemeindegebiete von Hadersdorf-Weidlingau, soweit sie nicht verpachtet sind oder für eigene Zwecke benötigt werden, der Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau zum Anbau von Kartoffeln überlassen werden. In seiner letzten Sitzung beschloß nun der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Zatzka, die der Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau zur Verfügung gestellten Grundflächen der Kommission für Verkehrsanlagen auch für das Jahr 1916 zum Kartoffelanbau zu überlassen.

Gartenanlage. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Götz die durch die Straßenregulierung in der Hätzendorferstraße gegen im 12. Bezirk bedingte Abänderung der Gartenanlage 12. Bezirk Hätzendorferstraße gegenüber Kernstraße zu genehmigen und zur Bewässerung der Anlage einen Unterflurhydranten einzubauen.